

Mai 2008

Debatte paradox: die britische Staatsbürgerschaft

In dem Versuch, die historisch-juristische Komplexität des Konzeptes Staatsbürgerschaft im britischen Kontext zu überwinden, steckt die derzeitige Labour-Regierung fest zwischen einem wieder entdeckten Verständnis seiner sozialen Bindungsfunktion und einem Politikvorschlag, der von der veralteten Sicht von Staatsbürgerschaft als Belohnung für Assimilation durchdrungen ist. Sie muss zwei komplett unterschiedliche Diskurse auseinander halten, um eine Politik formulieren zu können, die sowohl in Bezug auf existierende Staatsbürger, als auch auf Neuankömmlinge kohärent ist.

Anne Bostanci

Einleitung

Die aktuelle britische Debatte um Staatsbürgerschaft oder Staatsangehörigkeit verbindet eine Vielfalt juristischer, sozialer und politischer Argumente. Aufgrund von komplizierten historischen und juristischen Eigenheiten dieses Konzepts und den andauernden Bemühungen des Landes, mit seiner vergangenen und gegenwärtigen sozialen und kulturellen Realität (inklusive der Streitfrage Immigration) zu recht zu kommen, fällt es der aktuellen Regierung trotz zahlreicher Bemühungen weiterhin im Theoretischen wie im Praktischen schwer, einen kohärenten Politikansatz zum Thema Nationalität und Staatsbürgerschaft zu formulieren. Trotz der Bemühungen Labours über 10 Jahre, bürgerliche und demokratische Beteiligung zu fördern,

scheint diese Unfähigkeit zu immer größerer öffentlicher Verwirrung und Verwechslung dieses Themas mit der Einwanderungsdebatte und gleichzeitig zu immer simplistischeren Argumenten über Zugehörigkeit zu führen, die sich – schockierend erweise – auch in den Politikvorschlägen der Regierung zeigen, obwohl dieser alternative, akkuratere und verständigere Konzepte vorliegen.

Das vorliegende Papier skizziert zunächst die gründlich verwirrende historische Entwicklung von britischer Nationalität und Staatsbürgerschaft. Hierbei ist es wichtig, zu beachten, dass dieser knappe historische Überblick kaum der Menge an Besonderheiten gerecht werden kann, die das juristische Konzept enthält, sondern hauptsächlich dazu dient, seine Komplexität und

verwirrende Terminologie zu illustrieren. Danach widmet sich das Papier der Arbeit, die die Regierung in dem Versuch, dem Konzept auf den Grund zu gehen, in Auftrag gegeben hat, nämlich Lord Goldsmiths Citizenship Review, die Ende März 2008 fertig gestellt wurde.ⁱ Schließlich identifiziert es die wichtigsten politischen Probleme dieser Debatte und der Labour-Regierung mit Verweis auf das Green Paper "The Path to Citizenship" vom Februar 2008.ⁱⁱ

Historisch-juristischer Überblick

Britische Staatsbürgerschaft beinhaltet traditionell Rechte und Pflichten: das Bleiberecht, Recht auf Schutz, diverse bürgerliche sowie soziale und ökonomische Rechte einerseits, die Treuepflicht sowie soziale und ökonomische Pflichten andererseits. Obgleich einige davon sich im Detail von denen anderer Länder unterscheiden mögen, sind bestimmte Grundrechte doch auch hier Teil des Gesamtpakets: Freizügigkeit und freie Wohnortwahl, Anspruch auf diplomatischen Schutz und konsularische Unterstützung im Ausland, auf Schutz im Inland, auf Zugang zu Bildung und diversen Sozialleistungen, aktives und passives Wahlrecht, sowie die Pflicht, die Landesgesetze zu befolgen und Steuern zu bezahlen. Abgesehen von einigen praktischen Aspekten und Funktionen, die Staatsbürgerschaft hat (z.B. die potentiell strittige Treuepflicht gegenüber der Krone), und der Tatsache, dass die Niederschrift und weite Verteilung einer Zusammenfassung aller beinhalteten Rechte und Pflichten noch aussteht, ist also das Konzept der

britischen Staatsbürgerschaft unproblematisch. Was also den großen Teil der Debatte ausmacht, ist die Frage, wer britischer Staatsbürger ist oder werden kann.

Obwohl zu dieser Zeit noch als Ideal der Gemeinsamkeit aller im britischen Empire Geborene verstanden, war es schon vor den Weltkriegen, kaum möglich, ein einheitliches Konzept der britischen Staatsangehörigkeit zu formulieren. Dies beruhte zunächst hauptsächlich auf der schieren Größe des Empires und der resultierenden Unterschiede in Politiken und Praktiken der verschiedenen Herrschaftsgebiete. Nach den Weltkriegen, als immer mehr Kolonien sich vom Empire abspalteten, wurde diese Komplexität noch verstärkt. Ergebnis war, dass im British Nationality Act von 1948 mit der Einführung des Commonwealth Citizen-Konzepts versucht wurde, eine einheitliche Kategorie zu schaffen, unter die alle „British Subjects“, d.h. sowohl die Staatsbürger der stetig wachsenden Zahl abtrünniger Kolonien als auch die des verbleibenden Empireⁱⁱⁱ, subsumiert werden konnten. Der erhoffte vereinheitlichende Effekt wurde aber dadurch untergraben, dass die neuen unabhängigen Länder weiter ihre eigenen Politiken verfolgten. Darüber hinaus gab es jedoch schon damals weitere Arten Britischer Nationalität, so zum Beispiel die Kategorie „British Protected Person“, die das Konzept ebenfalls verkomplizierten.

Doch nicht nur die Anzahl verschiedener Kategorien war verwirrend, sondern auch die unterschiedlichen Rechte, die sich aus ihnen ableiteten. Zum Beispiel enthielten bis 1962 alle oben genannten Katego-

rien das Bleibe- und Wohnrecht, welches dann jedoch denen, die nicht unter die spätere Bezeichnung „Patrials“ fielen, d.h. keine klare Verbindung zum Vereinigten Königreich^{iv} hatten (durch Geburt, Adoption, Registrierung oder eine Mindestaufenthaltsdauer von fünf Jahren), nicht mehr zugestanden wurde.

„Commonwealth Citizenship“, „British Subjects“, „CUKCs“^v, „British Protected Persons“, „Patrials“ – in Anbetracht der parallelen Existenz all dieser unterschiedlichen, sich inhaltlich teilweise überschneidenden und jedenfalls verwirrenden Kategorien ist es nicht verwunderlich, dass im British Nationality Act von 1981 versucht wurde, die Situation zu vereinfachen. Doch die Einführung von British Citizenship, British Dependent Territories Citizenship und British Overseas Citizenship verbesserte die Situation nicht wirklich, vor allem da andere Kategorien weiter fort bestanden und, im Kontext der Übergabe Hongkongs an China 1997, noch eine weitere hinzu kam, nämlich British National (Overseas).

In einem weiteren Versuch der Vereinfachung, wurde im British Overseas Territories Act und dem Nationality, Immigration and Asylum Act, beide aus dem Jahr 2002, das Bleiberecht auch für die folgenden Gruppen wieder eingeführt: British Dependent Territories Citizens (gleichzeitig aber umbenannt in British Overseas Territories Citizens, wodurch eine weitere verwirrend ähnliche Kategorie hinzu kam), British Overseas Citizens, British Subjects und British Protected Persons.

Obgleich dies wieder eine größere inhaltliche Konvergenz bedeutet und der historische Hintergrund der Komplexität des Konzepts Staatsbürgerschaft im britischen Kontext verständlich ist, ist es in seinem jetzigen Charakter dennoch weiterhin unpraktisch und verwirrend. Daher ist es kaum verwunderlich, dass die Regierung viele Energien darauf verwendet, erneut zu versuchen, ein klareres Verständnis und einen praktikablen Politikansatz auszuarbeiten.

Die Citizenship Review: Staatsbürgerschaft als Instrument der sozialen Bindung

Ein Projekt, das diesen Versuch beinhaltet, ist die Erstellung einer sogenannten Citizenship Review. Der Autor des von der Regierung in Auftrag gegebenen Projekts, Lord Goldsmith, gibt zunächst einen Überblick über historisches Verständnis und aktuelle Bedeutung von britischer Staatsangehörigkeit und setzt dann den Schwerpunkt auf die Funktion der sozialen Bindung, die diese erfüllt; er versteht Staatsbürgerschaft also als ein Instrument der Einbindung und Integration. Interessanterweise sind die positiven sozialen Effekte von Staatsbürgerschaft, nämlich die Entstehung und Förderung einer Bindung zwischen Bürgern und dem Staat durch bürgerliche und demokratische Beteiligung, obwohl schon frühzeitig vom eminenten politischen Philosophen John Stuart Mill erkannt^{vi}, im britischen Diskurs zum Thema Staatsbürgerschaft bisher eher vernachlässigt worden.

Mit Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen, mit denen sich viele Länder konfrontiert sehen, argumentiert Goldsmith, dass darüber hinaus die Bindungsfunktion zwischen Bürgern untereinander heutzutage von größerer Bedeutung sei, als Gefühle von Treue gegenüber und Zugehörigkeit zum Staat. Er stellt hier das Gefühl der Gemeinschaft und Anteilhabe an der Gesellschaft, in der man lebt, und Formen der Identifikation, die hauptsächlich durch Eigeninteresse an Sicherheit motiviert und durch Ausschluss Anderer definiert sind, ein Verständnis, das klassischen Theorien der Staatsbürgerschaft zugrunde liegt, gegenüber.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen, auf die er sich bezieht, sind die folgenden: allen voran Individualisierung, worunter er die Tatsache versteht, dass im Zentrum der Aufmerksamkeit das Individuum steht, und die Menschen immer weniger gemeinschaftliche Erfahrungen verbindet. Darüber hinaus sind Veränderungen, wo und wie wir leben, wichtig, da sie dazu führen, dass immer weniger Kontakt zwischen Menschen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund oder aus unterschiedlichen Generationen zustande kommt, während gleichzeitig eine immer größere Vertrautheit mit unterschiedlichen Kulturen und immer häufigere Ortswechsel und flüchtigere Erfahrungen von, sowohl nationaler als auch internationaler, Lokalität die Regel sind.

Dies führe dazu, dass Gefühle der nationalen Zugehörigkeit und des nationalen Stolzes an Bedeutung verlieren. Aller-

dings betont er auch, dass sie im Vereinigten Königreich im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten weiterhin weit verbreitet sind. Hierbei ist zu beachten, dass diese Gefühle im britischen Kontext einige Besonderheiten aufweisen: erstens, dass nationale Identifikation im Vereinigten Königreich aufgrund seiner Zusammensetzung aus den unterschiedlichen Nationalitäten der britischen Inseln sowie aufgrund seiner imperialen Geschichte generell vielschichtig ist. Dies bedeutet, dass die Mehrheit der Menschen sich ohnehin zum Beispiel als britisch und walisisch oder britisch und indisch, etc. versteht. Zweitens scheinen die Ausprägung und der Grad von Gefühlen der Zugehörigkeit und des Stolzes bei Gruppen unterschiedlicher Ethnie oder Abstammung etwa gleich zu sein. Im Gegensatz hierzu scheinen aber sozioökonomische Unterschiede von großer Bedeutung zu sein, da bei benachteiligten Gruppen ein weitaus weniger ausgeprägtes Gefühl der Zugehörigkeit festgestellt werden kann. Drittens argumentiert die Review, dass solche Formen der Identifikation viel mehr positive Gefühle von sozialem Zusammenhalt, gegenseitigem Vertrauen und bürgerlicher Pflicht beinhalten, als fremdenfeindliche Gefühle oder andere Formen ausgrenzenden Denkens.

Da die Situation von neuen und Nicht-Bürgern viele als gegeben angesehene Aspekte des Konzepts explizit macht, ist es gerade der Abschnitt der Review, der diese Gruppen behandelt, der am meisten Aufschluss über den Charakter von Staatsbürgerschaft als Form der sozialen Bindung

gibt. Er identifiziert die Tatsache, dass diverse Faktoren in der Entstehung eines Gefühls der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft von Bedeutung sind: Wohnort / Aufenthalt, Beteiligung (demokratische, ökonomische, etc.) und der Beitrag, den man zu ihr leistet (z.B. in Form von Steuern, freiwilliger Arbeit, etc.). Er erklärt, dass Rechte und Pflichten als Bestandteile ein und desselben Pakets verstanden und beide als etwas Positives angesehen werden. Er bestätigt auch die Vielschichtigkeit von Identitäten und macht den Wert und den positiven und inspirierenden Charakter des Erhalts der Staatsbürgerschaft klar. Letzteres wird häufig als Anerkennung der nationalen Identifikation mit dem Staat, die sich in dem Wunsch nach Staatsbürgerschaft ausdrückt, durch diesen verstanden. So wird die Staatsbürgerschaft als Ausdruck der Gegenseitigkeit der Zusammengehörigkeit des Individuums und der Aufnahmegesellschaft bzw. des Aufnahmestaates verstanden, der in früheren Phasen des Miteinanders zu fehlen scheint. Dies kommt in der latenten Angst zum Ausdruck, die in der Äußerung vieler neuer Staatsbürger steckt, dass Staatsbürgerschaft bedeute, dass man „es“ ihnen nicht mehr nehmen könne. Man kann nur annehmen, dass „es“ sich auf den Wunsch und dann das Recht bezieht, im Land und Teil des Landes zu sein, mit dem man sich identifiziert. Es ist vielsagend und sehr bedauernd, dass diese Gegenseitigkeit im Integrationsprozess außerhalb von institutionalisierter Staatsbürgerschaft nicht zum Ausdruck kommt.

Auf dieser Analyse aufbauend, enthält die Citizenship Review viele praktische Vorschläge, wie Staatsbürgerschaft und andere Formen der aktiven Beteiligung als Instrument zur Förderung sozialer Bindungen innerhalb der Bevölkerung und zwischen Staat und Bürgern eingesetzt werden kann. Sie betont die Notwendigkeit von proaktiverer, positiverer, umfassender, aber gleichzeitig zugänglicher Rhetorik und Praktiken zum Thema Staatsbürgerschaft, weil die derzeitige Komplexität und Verworrenheit der Debatte die Gefahr beinhaltet, zu Unzufriedenheit und Entfremdung sowohl von Staatsbürgern als auch solchen, die gerne welche werden möchten, zu führen. Während die Review weiterhin betont, dass der einigende Charakter von Staatsbürgerschaft in keiner Weise konträr zu Diversität ist, diese sogar sehr gut vereinbar sind, macht sie Vorschläge zur Rolle von Bildung, Arbeitsumfeld, Glaubensgemeinschaften, Regierungsarbeit und Aktivitäten lokaler Verwaltungen, von Ritualen wie Staatsbürgerschaftszeremonien (für neue und alte Bürger sowie Jugendliche) bis hin zur Schaffung eines nationalen Feiertags. Obgleich einige davon kontrovers sind und die britische Presse in ihrer häufig gezeigten Simplizität nur diese kommentiert hat, ist der Ton und Ansatz der Review im Allgemeinen vernünftig und konstruktiv.

Das Green Paper der Regierung: Staatsbürgerschaft als Belohnung

Ein weiteres Projekt, in dem die Regierung sich mit dem Konzept Staatsbürgerschaft auseinandersetzt, ist das kürzlich

erschienene Green Paper "The Path to Citizenship: Next Steps in Reforming the Immigration System". Obgleich der Titel in seiner gesamten Länge klarmacht, dass es sich in erster Linie mit Zuwanderung, und nicht direkt mit Staatsbürgerschaftsfragen, befasst, gibt es doch Einblicke in das Denken und Verständnis der Regierung hierzu. Da es vor der Citizenship Review veröffentlicht wurde, hat es ihre Ergebnisse leider nicht verinnerlicht. Stattdessen favorisiert es das assimilationistische Verständnis von Staatsangehörigkeit als Belohnung, die der Bewerber durch Erfüllung gewisser Auflagen verdienen muss.^{vii}

Die im Green Paper vorgeschlagenen Auflagen formen allerdings ein doppeltes Paradox: erstens müssen Immigrationsbewerber zum einen sich der britischen Staatsbürgerschaft dadurch würdig erweisen, dass sie in ihrem Herkunftsland keine Vorstrafen haben. Zum anderen müssen sie ihren wirtschaftlichen Nutzen für das Vereinigte Königreich dadurch beweisen, dass sie im neu eingeführten Punktesystem – analog zum australischen – eine hohe Punktzahl erzielen. Zweitens – und hier beginnt das Paradox – wird vorgeschlagen, dass sie sich nach ihrer Einreise und über einen Zeitraum von fünf^{viii} Jahren Wartezeit durch Assimilation unterschiedlicher Art erneut würdig erweisen müssen: bezüglich ihrer wirtschaftlichen Situation (wirtschaftliche Unabhängigkeit) und ihres sozialen Verhaltens (dies bezieht sich allerdings nicht nur auf Gesetzestreue, sondern verlangt zusätzlichen Beweis für ihre positive Identifikation mit der Gesellschaft, zum Be-

spiel in Form von freiwilliger Arbeit). Wiederum paradoxerweise wird all dies erwartet, während ihnen die grundlegenden Rechte der demokratischen Teilhabe an der Gesellschaft versagt bleiben, bis sie Staatsbürger geworden sind. Darüber hinaus sieht das Green Paper zwischen der begrenzten Aufenthaltserlaubnis einerseits und Staatsbürgerschaft andererseits die Einführung einer "Staatsbürgerschaft auf Bewährung" von ein bis fünf Jahren vor. Sogar im besten Fall würde sich die Wartezeit, und damit die Zeit, in der Bewerber symbolisch und in Realität von der Gesellschaft, in der er/sie lebt und in die er/sie aufgenommen werden möchte, getrennt bleibt, im Vergleich zur derzeitigen Praxis um ein Jahr verlängern. Im schlechtesten Fall – außer Ablehnung der Einbürgerung und Abschiebung – würde sich die Wartezeit von derzeit fünf Jahren auf zehn Jahre verdoppeln.

Was aus dieser Analyse des Green Paper klar hervorgeht, ist die Tatsache, dass Staatsbürgerschaft hauptsächlich als Belohnung für Beharrlichkeit, Gesetzestreue und wirtschaftliche Unabhängigkeit gesehen wird, obwohl andere Stellen im Text explizit die Tatsache anerkennen, dass Staatsbürgerschaft eine wichtige soziale Funktion erfüllt, indem sie dem Individuum Anteil an seiner Gesellschaft gibt, was das Gefühl der Zugehörigkeit und, als Konsequenz, den sozialen Zusammenhalt stärkt. Es ist klar, dass verlängerte Wartezeiten kaum zur Entstehung eines Gefühls der Zugehörigkeit oder anderen Formen der

positiven Identifikation mit dem Land führen werden.

Darüber hinaus ist die Terminologie „auf Bewährung“ irreführend, da sie Immigranten, die ihre Gesetzestreue, etc. bereits über lange Zeiträume bewiesen haben, mit juristischem Jargon in Verbindung bringt, der zu Assoziationen mit Fehlverhalten und Bestrafung führt. Dies ist jedoch leider symptomatisch für einen Text, der, obwohl er sie anfangs ablehnt, stark auf bekannten Stereotypen und Panikmache im Zusammenhang mit Immigration beruht. So werden zum Beispiel sozioökonomische Probleme und Kriminalität mit bestimmten ethnischen Gruppen gleichgesetzt, das heißt die Beschreibung von Immigranten als Ursache dieser Probleme anstatt als Gruppe, die besonders stark von diesen Problemen betroffen ist. Solche Annahmen und Stereotypen kursieren im Vereinigten Königreich wie anderswo seit langer Zeit in diesem Diskurs und machen sich auch dann bemerkbar, wenn versucht wird, sie durch einem gönnerhaften Ton zu verschleiern. Indem sie sich solcher Rhetorik bedient, missachtet die Regierung nicht nur die Notwendigkeit, die Richtigkeit solcher Annahmen und Stereotypen in Frage zu stellen, sondern wird auch ihrer Verantwortung nicht gerecht, die daraus resultierenden ausgrenzenden Denk- und Verhaltensweisen zu verhindern. Obgleich es verständlich ist, dass die Regierung versucht, Immigration besser zu regeln, erscheint es, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass andere Textstellen explizit anerkennen, dass Zugehörigkeit, und daraus resultierend sozia-

ler Zusammenhalt, aus Beteiligung und Ermächtigung entstehen, unlogisch, dass die Regierung sich des Belohnungsmodells der Staatsbürgerschaft bedient, anstatt zu versuchen, zukünftige Staatsbürger mit allen nur möglichen Instrumenten der Integration auszustatten. Denn es ist nicht gerade hilfreich, wenn ihre Versuche, Immigration zu regeln, gleichzeitig das positive soziale Potenzial von Staatsbürgerschaft untergraben.

Es ist dringend nötig, die Bemühungen um ein Immigrations-Management von der Debatte um die Staatsbürgerschaft zu trennen, da Nutzen und Funktion von Staatsbürgerschaft als Belohnung etwas ganz anderes sind als die von Staatsbürgerschaft als Instrument der Formung und Förderung sozialer Bindungen. Sie können nicht nach Belieben vermischt oder kombiniert werden. Darum werden Versuche, dies zu tun, nicht zu kohärenten oder konstruktiven Politikvorschlägen führen, wie das Green Paper deutlich macht.

Fazit

Die Tatsache, dass sich die Regierung dennoch einer Herangehensweise und Rhetorik bedient, die sowohl das Modell als Belohnung als auch als soziales Werkzeug reflektiert, muss also einem Missverständnis der Funktion und der Bedeutung des Konzepts zugeschrieben werden. Natürlich kann ein und derselbe Begriff, vor allem in unterschiedlichen Zusammenhängen, unterschiedliche Bedeutungen haben, doch in diesem Fall sind die beiden Verständnisse so gegensätzlich, dass es unsinnig wäre, sie zusammen zu benutzen. Die Analyse

des Green Paper, vor allem vor dem Hintergrund der Citizenship Review, macht also deutlich, dass trotz der Schwierigkeiten der Trennung der beiden Bedeutungen aufgrund der Nutzung ein und desselben Begriffs das Konzept Staatsangehörigkeit in den unterschiedlichen Kontexten von bestehenden Staatsbürgern einerseits und Zukünftigen, wie zum Beispiel Immigranten, andererseits, sehr unterschiedlich verstanden wird. Die daraus resultierende Verwirrung und Vermischung der Bedeutungen ist genau das Problem, mit dem die Regierung derzeit zu kämpfen hat und die unbedingt vermieden werden sollte. Es kann nicht bestritten werden, dass Staatsbürgerschaft, wie oben beschrieben, als wichtiges Werkzeug der sozialen Bindung bestehender Bürger untereinander und Integration im Fall von neuen Staatsbürgern (oft Migranten) fungiert – eine Tatsache, die auch den deutschen Ansatz zu diesen Themen bereichern würde.

Obwohl diese Tatsache von der Regierung und im Green Paper anerkannt wird, sind die Vorschläge zur Überarbeitung der Immigrations- und Staatsbürgerschaftsfragen hauptsächlich präventiver Natur und weit davon entfernt, eine neue Herangehensweise analog zu den Ergebnissen der Review zu signalisieren. Die Regierung muss diese zwei Diskurse, zwischen denen sie derzeit verfangen ist, strikt voneinander trennen und einen anderen Ansatzpunkt als Staatsbürgerschaft für Ihre Bemühungen zur Reform des Immigration-Systems finden. Denn, indem sie sich im Zusammenhang von Migrations-Management-Rhetorik

und -Politik des Belohnungsmodells bedient, entwertet sie die wichtige soziale Funktion, die im Verständnis als soziales Instrument dargelegt wird. Ohne ein kohärentes Verständnis dieser Funktion aber wird sie nicht in der Lage sein, die verbesserte Einbindung bestehender oder die Integration neuer Bürger umzusetzen, die für sie besonders seit den Terroranschlägen vom 7. Juli 2005 von großer Bedeutung sind.

Anne Bostanci ist Projektmanagerin bei der FES London.

Eine englisch-sprachige Version dieses Artikels ist auf <http://www.feslondon.org.uk/public.htm> erhältlich.

Die in diesem Artikel zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die der FES London wider.

ViSdP: Karl-Heinz Spiegel, Direktor, FES London

ⁱ Lord Goldsmiths QC, *Citizenship: Our Common Bond*, www.justice.gov.uk/docs/citizenship-report-full.pdf

ⁱⁱ Home Office – Border and Immigration Agency, *The Path to Citizenship: Next Steps in Reforming the Immigration System*,

<http://www.bia.homeoffice.gov.uk/sitecontent/documents/aboutus/consultations/pathtocitizenship/pathtocitizenship?view=Binary>

ⁱⁱⁱ Citizens of the United Kingdom and Colonies, CUKCs

^{iv} England, Schottland, Wales und Nord Irland

^v siehe iii

^{vi} vgl. John Stuart Mill, 'Considerations on Representative Government', in *On Liberty and Other Essays*, edited by John Gray (Oxford: Oxford University Press, 1991)

^{vii} für eine gute Beschreibung der Unterschiede und Nutzen der Modelle Belohnung und soziales Werkzeug, vgl. Elena Jurado, *Citizenship: Tool or Reward?*, http://www.policy-network.net/uploadedFiles/Publications/Publications/Citizenship_tool_or_reward.pdf

^{viii} in Fällen von Familiennachzug zwei Jahre